

## Treffen des Bundesnetzwerks der Beschwerdestellen am 18.01.2010 in Hannover

Vorsitz: Ruth Fricke

Protokoll: Marion Huldisch

Teilnehmer: Eva Amende (OS Hannover), Magdalena Bathen (Oldenburg AK BS), Ruth Fricke (UBP Herford), Karin Haehn (KPS Starnberg), Marion Huldisch (UB Hamburg), Ulrich Sawade (Nienburg), Lothar Schlieckau (Region Hannover), Bettina Scholtz (Kreis Groß-Gerau, DGSP Vorstand), Marlies Wiedemann (VB Braunschweig), Margarete Wonnemann (OS Hannover)

### **TOP 1: Vorstellungsrunde und Verschiedenes**

- Braunschweig: 12 Personen + 1 Richter als Beistand, dialogisch
  - Hamburg: 37 Vereinsmitglieder, 8-10 Aktive, dialogisch
  - Hannover: 10 Personen, dialogisch
  - Herford: jede Gruppe 2 x vertreten, dialogisch
  - Nienburg: 2 Personen
  - Oldenburg: Ende 2009 gebildeter AK aus bisher 9 Personen, dialogisch
- 
- Das Rechtsberatungsgesetz hat sich dahingehend geändert, dass Rechtsberatung nicht nur durch Juristen erfolgen muss.
  - Die DGSP will weiterhin bei der Netzwerkarbeit unterstützend tätig sein.
  - Die OS Hannover wurde auf Beschluss des Sozialpsychiatrischen Verbundes eingerichtet. Es gibt einen u.a. eigene Haushaltstitel, aus dem Raumkosten, Aufwandsentschädigungen und Versicherungskosten bestritten werden. Ähnlich ist es in Braunschweig.
  - Der Begriff der Unabhängigkeit bedarf einer weiteren Diskussion. Derzeitige Definition: Unabhängigkeit von einem Träger (z.B. Mitarbeiter einer Einrichtung).
  - Kooperationsvereinbarungen mit den einzelnen Einrichtungen und Institutionen bestehen in Herford durch Einzelverträge, in Hannover und anderen Städten über den GPV. In Hamburg wurde die UB in vielen PSAGs, Einrichtungen und Institutionen vorgestellt. Es besteht eine gute Akzeptanz, obwohl keine Verträge abgeschlossen wurden.
  - Die Zuständigkeit einzelner Beschwerdestellen ist gegeben, wenn der Beschwerdeführer bzw. die Einrichtung im Einzugsbereich der Beschwerdestelle liegt.

### **TOP 2: Bundesnetzwerk**

#### **Grundsätze:**

Mitglieder des Bundesnetzwerks können solche Unabhängigen Beschwerdestellen werden, die die Standards anerkennen zw. Anstreben.

#### **Aufgaben:**

- Unterstützung bei Neugründungen von Beschwerdestellen
- Überblick über die Beschwerdestellen in Deutschland
- Erfahrungsaustausch
- Finanzierungsfragen
- Konfliktlösungen innerhalb einzelner Beschwerdestellen sollten nach einhelliger Auffassung dort geklärt werden. Probleme von grundsätzlicher Bedeutung könnten im Rahmen von Fortbildungen behandelt werden.
  
- Fortbildungen veranstalten und vermitteln  
Die Bundestreffen sollen in Zukunft einen Fortbildungsteil (z.B. nachmittags) enthalten. Die DGSP erstellt eine Liste von Referenten und Mediatoren, auf die das Netz-

werk, welches die Bedarfe ermittelt , zurückgreifen kann. Die DGSP Landesverbände könnten evtl. Geld zur Verfügung stellen und auch regional Fortbildung organisieren.

- Gesetzliche Verankerung

Eine rechtliche Absicherung im Patientenrechtegesetz (PSRG) als Bundesgesetz ist anzustreben statt der Verankerung in einigen PsychKGs. Das Patientenrechtegesetz steht weiterhin im aktuellen Koalitionsvertrag.

- Öffentlichkeitsarbeit

Es soll eine Homepage für das Bundesnetzwerk erarbeitet und kontinuierlich gepflegt werden. Hierfür steht wahrscheinlich Herr Christoph Donath von der Herforder Beschwerdestelle zur Verfügung. Die DGSP ist bereit, eine jährliche Aufwandsentschädigung von ca. 150 € zu zahlen.

Die Gründung des Bundesnetzwerks sollte wie auch andere Informationen außer über die Website auch über Medien wie PSU, Sozialpsychiatrie, BPE-Rundbrief, Ependorfer, Kerbe etc. erfolgen.

Frau Haehn wird einen Bericht über die Netzwerktagung in Hannover für die Fachzeitschriften verfassen.

Bis zum nächsten Treffen erklären sich Magdalena Bathen, Ruth Fricke, Karin Haehn und Jürgen Gundlach (Ombudsstelle Hannover) bereit, beim Aufbau einer Beschwerdestelle beratend tätig zu sein.

- Sprecherteam

Als vorläufige Sprecher/innen (bis zum nächsten Treffen) werden Magdalena Bathen, Ruth Fricke, Karin Haehn und Lothar Schlieckau gewählt. Es wird eine dialogische Zusammensetzung angestrebt.

Aufgaben:

- Einladung und Vorbereitung der Treffen des Bundesnetzwerks in Zusammenarbeit mit der einladenden Stelle
- Aufsicht über die Fortführung der Homepage, Zulieferung an den Webmaster
- Umsetzung der Beschlüsse der Treffen
- Anfragen und Infos beantworten und weiterleiten
- Aktualisierung der Mitgliederliste
- Kontaktadresse Homepage

- **Nächster Termin:**

**28.06.2010 in Köln um 10 Uhr**

Es wird versucht, Herrn Zöllner, den **Patientenbeauftragten der Bundesregierung** einzuladen, um über das **Patientenrechtegesetz** zu diskutieren.

Ersatzweise würde Herr Sawade aus Nienburg zusammen mit einem anderen Referenten über Datenschutz und Schweigepflicht berichten.

gez. Huldisch